

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
A. Herter, Industriehalle
Kleinhofstr. 11
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
nommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Cover)
Fr. 1. 70 für Österreich (Cover)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kreuzband).

Inserate
Die dreizehnhundert Perzepte
25 Cts. — 20 Bfg.

N. 31.

Sonntag, 1. August.

1880.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die bisherige Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme verläßt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptfordernd ist hierzu einzusehen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch am möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Kommandierung. Sowie an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

August Weib.

1. August 1879.

Am Ersten des August ruft beim Appell
Laut seinen Namen stets an erster Stell;
Uns blickt er ja das alte Feldgeschrei:
„Die Arbeit hoch und ihr zum Tod getrennt!“
Bucht auch zur Stund' sein redlich Herz nicht mehr,
Schlägt nicht die Schlacht das Proletarierheer,
Schritt's in den Minen einig doch vor Det,
Trotz Büttelei und trotz Gedankenmord.

Wid' preßt der Föhn herab von Berg zu Thal
Die Wetterwolken, schwarz und ohne Zahl,
Unbändig durch das enge Ausfallthor,
Hin — in das „Reich“ — peitscht er sie nordwärts vor.
— Hallos, zu Tag! Es zukt und bligt und kracht,
Berrath und Freigheit auch im tiefen Schacht,
Das böse Wetter! Drum die Leuchte her,
Unbeugsam vorwärts, nach der alten Lehr.

's war keine Art bei festlichem Beginn:
„Sei läßt im Rath, bewahr' Dir festen Sinn,
„Was Rechtes ist Dein Mund hat ausgehört,
„Sei zu vertheid'gen stets Dein Arm bereit.
„Vergiß es nie, was Du zu sein begehrt,
„Nie, was Du warst, auch wenn Du mehr noch wärt;
„Auf's Gute stolz, weil's gut ist, sei der Mann,
„Der Thor nur rühmet eitel, was er kann.“

„Die Guten sterben früh“ — das Gute nie,
Drum haßt und streicht sie die Despotie
Und lindlich hegt sie bis zur Todtenstatt
Am Negroskop selbst, was ungenügend ist.
„Doch singet man sich in diesem Tag
Den Eidweid' nieder auf den Sarkophag; —
Lambour Schlag an, auf daß es weithin gell':
„Herbei ihr Todten heute zum Appell!“

Wie auch der Sturmwind toltet, ächt und groß,
Vornwärts, das rothe Banner ausgerollt!
Selbstlos und tren, wie er so manches Jahr,
Und unbedeckt behält es, Proletar! —
Und wenn der Weite fällt, bewahr' die Ruh,
Und wenn der Stürke schwannt, keh' sicher Du,
Dann stürmen wir in hühnem Siegeschritt
Die Hentersburg — die Todten sechten mit!

3.

Aufgaben der Sozialdemokratie.

Eine Anregung.

Von einem Arbeiter.

Als die deutsche Sozialdemokratie zuerst auftrat, mußte ihre Aufgabe sein: 1) durch wissenschaftliche Kritik der bestehenden Verhältnisse die erkenntnistlose, dumpfe Unzufriedenheit des Volkes umzuwandeln in eine klar erkennende, — es war dies die vorwiegend agitatorische Thätigkeit; 2) durch wissenschaftliche Untersuchungen über die menschliche Gesellschaft die Lehren über dieselbe zu berichtigen — größtentheils fundamental — und die Gehege der menschlichen Kulturentwicklung und das Ziel derselben festzustellen, um ihren Bestrebungen einen sicheren Boden und ein festes Ziel zu geben.

Dies war die grundlegende und zu idealen Zielen führende wissenschaftliche Thätigkeit; während die allgemeinen Zustände, sowie die Jugendlichkeit der Partei die politische Thätigkeit derselben theils ausschloß, theils als nebensächlich erscheinen ließen. Jetzt ist die theoretische Entwicklung unserer Partei — von einzelnen „Doktorfragen“ abgesehen — als abgeschlossen zu betrachten. Sie hat unserer Partei eine feste, unerschütterliche Stellung gegeben — ein Segen für dieselbe in der Vergangenheit wie für die Zukunft. Doch können, da der Masse des Volkes Lust und Fähigkeit zum Theoretisiren mangelt, die Resultate der theoretischen Entwicklung nur bis zu einem gewissen Grade popularisirt werden und dieser Grad scheint mir erreicht zu sein. (1)

Hieraus und weil die theoretische Entwicklung beendet und deshalb kein durch Bedeutung und Neuheit packendes Prinzip mehr geboten werden konnte, die negative Kritik aber unbefriedigend und unter den heutigen Verhältnissen fast überflüssig ist (2), dürfte wohl der „in einiger Zeit bemerkbare Stillstand im geistigen Leben der Parteigenossen“ erklärt werden können (3). Dagegen haben die ökonomischen und politischen Zustände der Gegenwart immer größere Unzufriedenheit und die Erkenntnis im Volke hervorgerufen, daß sowohl die jetzigen Regierungen wie die regierungsfähigen Parteien unfähig seien, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Die Unzufriedenheit und diese Erkenntnis wird aber mit der weiteren Verschlechterung der sozialen Verhältnisse auch weitere Fortschritte machen und kann deshalb eine Höhe erreichen, welche zu oppositionellen Ausbrüchen der Volkskraft führt.

Fragen wir uns nun aber, welche Stellung unsere Partei im Volke einnimmt, so müssen wir uns antworten, daß dieselbe trotz der immer allgemeineren Unzufriedenheit eine keineswegs durchaus befriedigende ist. Dies rührt aber daher, daß der theoretische Charakter unserer Partei nicht im Einklang ist mit der Auffassungsgabe des Volkes und daß selbst die in unserem Programm aufgestellten Forderungen theils wegen ihrer theoretischen Höhe, theils wegen ihrer praktischen Unwesentlichkeit (??) — gegenüber den großen Bedürfnissen des Volkes — nicht im Stande sind, sich mächtige, allgemeine Sympathien im Volke zu erwerben. Das Volk verlangt Mittel und Wege, um aus dem Elend unserer Tage herauszukommen; unsere Partei aber bietet ihm im Wesentlichen Ziele, deren ideale Höhe das Volk nicht zu begreifen und die es deshalb nicht zu billigen vermag.

Soll nun die allenthalben im Volke herrschende Unzufriedenheit nicht von anderen Parteien — der Gegenwart oder der Zukunft — zu Sonderzwecken oder ehrlich gemeinten, aber nutzlosen, Experimenten gemißbraucht werden, oder wenn einmal die Verzweiflung das Volk zu revolutionären Bewegungen treibt, die freigeordnete Volkskraft sich nicht in nutzlosen Ausbrüchen erschöpfen und damit den Faschismus kräftigen, sondern planvoll geleitet, der heutigen Miswirthschaft in Staat und Gesellschaft ein Ende bereiten: so muß unsere Partei einen durchgreifenden Einfluß im Volke zu erlangen suchen und zwar dadurch, daß sie dem Volke — statt hoher idealer Ziele allgemein Verständliches und greifbare Mittel und Wege *) zeigt, ihm die Hand bietet, um aus dem Sumpfe der Gegenwart zu gelangen. Sie muß deshalb von der idealen Höhe ihrer Ziele und Anschauungsweise heruntersteigen und durch eingehendes Studium des Volkes in seinem Wesen und Bedürfnissen, sowie des Staates in seinen Verhältnissen das Volk betrieblig und mit innerer, anerkennender, die Kulturzustand erlangt werden kann. (4) Und dadurch, daß durch ausgeübene Mittel und Wege das Ziel sich als sicher erreichbar herausstellt, erwirbt das Ziel und die zur Bestimmung desselben angewendete Arbeit berechtigten Werth.

Wenn unsere Partei hierin ihre nächste Aufgabe erkennt — und sie ist bereits erkannt, nur nicht in ihrer vollen politischen Bedeutung für die Partei und für die Zukunft des Volkes gewürdigt — dann wird ein neues geistiges Leben in die Parteigenossen kommen, es werden in sie hunderte mehr oder weniger bedeutende Probleme geworfen, die den Geist bis zu ihrer Lösung nimmer ruhen lassen. Nur Probleme stacheln den Geist zur Thätigkeit an, nicht erkannte Wahrheiten. Wenn aber die Partei die in dieser geistigen Thätigkeit gewonnenen reformatorisch-revolutionären Anschauungen und Forderungen ins Volk trägt, welches dieselben dann zu fassen vermag, ihm wirklich die Hand bietet, sich mit ihm verichmilt, dann steht hinter unserer Partei, hinter ihren idealen Zielen die Masse des Volkes, dann kann durch planvolle Führung der heutigen Zustände ein Ende gemacht und die soziale Revolution gesichert werden.

Auf solche Weise löst dann die Partei ebenso ehrenvoll ihre dritte, die politische Aufgabe, als sie die agitatorische und theoretische Aufgabe löste. Es bedarf dann nicht der Errichtung der Diktatur und einer sozialdemokratischen Armee, wie in einer früheren Nummer des Parteiorgans vorgeschlagen und von weiteren Kreisen gebilligt wurde, welche Idee aber den leitenden Grundsätzen des Sozialismus ebenso widerspricht **) als sie — mir wenigstens — vom politischen Standpunkte aus unrationell erscheint.

Die Diktatur soll eine feste Exekutive repräsentiren, um die soziale Revolution einzuleiten und die sozialdemokratische Armee soll die Stütze dieser Exekutive sein. Gegen die Idee der Diktatur sammt zugehöriger Armee ist aber anzuführen:

1) Daß dieselben sich von vornherein in einen Gegensatz zum Volk setzen, demselben den Terrorismus avifiren und deshalb im Volke Mißtrauen und Opposition gegen die Revolution erwecken würden.

*) Wir ersuchen unseren Genossen, die „Mittel und Wege“ anzugeben, die dem Volke gezeigt werden sollen und ihm bis jetzt von unserer Partei noch nicht gezeigt worden sind. D. H.

**) Das allein ist noch kein durchschlagender Einwand gegen die vorübergehende Diktatur, die nebenbei gesagt, nicht von einem Einzelnen, sondern von einem Auschuß von Beauftragten der Revolutionskämpfer auszuüben sein wird. Bei solchen tatsächlichen Fragen kann es sich nur darum handeln, ob sie praktisch, vortheilhaft sind. Auch die Anwendung von rother Waffengewalt zur Befreiung des Segners, die Tödtung der Feinde und ähnliche Mittel des körperlichen Kampfes widersprechen unseren Grundsätzen. Aber noch keine Befreiung ist ohne Anwendung solcher gewaltthamer Mittel erfolgt und jeder Revolutionär muß daher darauf gefaßt und bereit sein, dieselben — wenn oder wann — ebenfalls anzuwenden. Wollten wir unsere Siege um jeden Preis nur auf dem geistigen Gebiet erringen, so wären wir ungeschätzliche Schwärmer, deren Grundsätze der übermächtigen körperlichen Gewalt unserer Feinde gegenüber nie zur Durchführung kämen.

Man muß eben wohl unterscheiden zwischen den Grundsätzen, welche wir erst zur Herrschaft bringen wollen und denen, welche im Kampfe um ihre Durchföhrung maßgebend sein werden; die letzteren sind nicht von uns, sondern von der alten „Ordnung“ gemacht und diese muß durch ihre eigenen Waffen vernichtet werden. D. H.

2) Diese Regierung würde nicht den Charakter einer Volksregierung, sondern den einer Partei- oder gar persönlichen Regierung haben; deshalb nicht nur ohne Anhang im gesammten Volke, sondern das Streitobjekt anderer Parteien oder gar anderer Häupter der eigenen Partei sein. Diese Bekämpfungen würden die revolutionäre Regierung nicht nur an jeder positiven, sondern auch an jeder regelmäßigen Verwaltungsthätigkeit hindern und sie diskreditiren und auf die Dauer unmöglich machen.

3) Einer Parteiregierung würde auch die Rechtsbeständigkeit fehlen. Denn alle Parteien sind gleichberechtigt — und zu Zeiten der Revolution mehr als je bestrebt, diese Gleichberechtigung aufrechtzuerhalten. Die Revolution besteht nur zu Recht, wenn sie vom größten (?) oder bedeutendsten Theile des Volkes getragen wird, und nur hierdurch erwirkt sie Dauer und Kraft.

4) Dann aber ist auch nicht zu vergessen, daß infolge der eine Revolution verursachenden ökonomischen und politischen Organisation die Bedürfnisse des Volkes so große und mannichfache sein werden, daß ein Diktator *) — und sei er der geschulteste Kopf — für seine Person sich nicht vermaßen kann, nach seiner individuellen Fähigkeit und Thätigkeit, oder eine Partei mit ihren separaten Grundsätzen und Anschauungen allein nicht zu hoffen vermag, die Niefenarbeit zu vollbringen: die soziale Revolution einzuleiten und dadurch zu sichern, daß durch zweckmäßige Maßregeln dieselbe als das einzige Mittel erscheint, den Uebelständen Abhilfe zu schaffen und das Volk in Stadt und Land, in allen Provinzen und bedeutenden Berufszweigen mit Vertrauen zu ihr emporsieht.

Je weniger diese Aufgabe gelöst wird, desto größer der Kampf und desto geringer die Sicherheit des Sieges. Diese Aufgabe kann nur dadurch gelöst werden, wenn dem gesammten Volke eine thätige Rolle in der Revolution zugetheilt wird. Die leitende thätige Partei verbleiben; aber die soziale Revolution, welche die bestehenden so mannichfachen und verschiedenen Bedürfnisse und Anschauungen in Provinz und Beruf befriedigen und berücksichtigen muß, — kann nur mit Erfolg vom gesammten Volke ausgehen. Nachdem die in den Hauptstädten zur Regierung gelangte Partei die obersten politischen und administrativen Gewalten erlangt hat und dadurch den Staatsorganismus zu beherrschen und zu reorganisiren vermag, würde sie sofort durch Organisation des gesammten Volkes nach seinen sozialen Funktionen demselben die Initiative zur sozialen Revolution übertragen und dadurch dasselbe in die Dienste der Revolution stellen.

Die Revolution und das Volk wären dann eins, die Feinde der ersteren wären die Feinde des letzteren; somit machtlos; während die soziale Revolution ihre Mission; das Volk von Elend und Leiden zu befreien, siegesicher erfüllen könnte und würde.

Die Ausweisungen deutscher und anderer ausländischer Sozialisten aus Frankreich

nehmen ihren ungehinderten Fortgang, und verliert dabei ihre Ausführung nichts an der bisherigen beispiellosen Brutalität. Diese forgerichtete Polizeigeorgie hat nun endlich nach mehreren Wochen doch einen Theil der französischen Presse aus dem bisherigen schmachvollen Schweigen auferüttelt und die Pariser radikalen Blätter, voran der „Citoyen“, dann der Reihenfolge nach „Reveil social“, „L'Intransigeant“, „Justice“, „Mot d'Ordre“, „Rappel“ bringen scharfe Abwehrartikel. Selbst die „France“, die vor kurzem noch unsere ausgewiesenen Genossen Landstreicher nannte, wendet sich gegen die Regierung. Auch der „Proletair“ wird sich endlich seiner Pflicht bewußt und erhebt Protest. Es muß aber betont werden, daß der Unwille der Presse viel weniger durch die Ausweisungen überhaupt als vielmehr durch die Massenhaftigkeit derselben und die ungemein rohe Art ihrer Ausführung hervorgerufen wurde. Von dem Grundsätze der „Gleichheit und Brüderlichkeit“, welcher nicht gestattet, daß ausländische Sozialisten in demselben Augenblick aufs Blut verfolgt werden, wo die einheimischen straflos und mit allen Rechten zurückkehren, von dem Gefühl der Scham darüber, daß gerade die Angehörigen der Partei am meisten verfolgt und mißhandelt werden, welche in einer Zeit der größten Noth Frankreichs allein ihre Stimme für dies Land erhoben hat, — davon ist leider wenig zu bemerken. Und wenn die Regierung der „Republik“ neben dem slavischen Wunsch, den Regierungen des Berliner Kaisers, des Petersburger Zaren und jedes beliebigen sonstigen Tyrannen gefällig zu sein, und neben der eilen Eier, ihre sozialistenreferische Wuth an Stelle der ihr augenblicklich unzugänglichen französischen Sozialisten an deren ausländischen Gesinnungsgenossen auszulassen, wohl hauptsächlich den Zweck verfolgt, den französischen Chauvinismus zu tiheln: dann muß man leider sagen, daß ihr das in überraschender Weise gelungen ist.

*) Es handelt sich aber, wie schon erwähnt, gar nicht um eine persönliche Diktatur. D. H.

Wir müssen gestehen, daß wir uns trotz aller früheren Erfahrungen in Frankreich abermals getäuscht haben, indem wir einem namhaften Theil des Volkes nach so schweren Prüfungen die Fähigkeit zugetraut haben, einen solchen nationalen und chauvinistischen Standal sofort zu durchschauen und aufs äußerste zu bekämpfen. Solche Erfahrungen eröffnen für die Freunde des Volkes und der Völkerverbrüderung, für uns Sozialisten traurige Aussichten, desto bessere aber für diejenigen, deren Herrschaft auf Zwietracht, Unfrieden, Krieg und Trennung der Völker beruht, auf die Gewaltthätigkeit aller Länder und Klassen. Möge noch rechtzeitig in dem ganzen Umfang der sozialistischen Partei Frankreichs und durch deren Propaganda in weiteren Schichten des französischen Volkes eine Sinnesänderung in der Richtung der Vereinerung des verhängnißvollen Nationalitätswahnes erfolgen: sonst werden die unausbleiblichen Folgen nicht lange auf sich warten lassen und Deutsche wie Franzosen und vor allem der sozialistische Gedanke der Völkerverbrüderung werden darunter schwer zu leiden haben!

Im Nachstehenden wollen wir zur Kennzeichnung des Grades der Willkürlichkeit und Nothheit, welche die französische Polizei bei den Ausweisungen an den Tag legte, einige Schilderungen, welche wir Ausgewiesenen selbst: Frau Hef (lebt in Zürich), Peterfen (in Genf) und Räßler (in London) verdanken, hier wiedergeben. Man wird staunen, was im letzten Fünftel des 19. Jahrhunderts in einer Bourgeois-Republik noch alles möglich ist.

In der Woche vor dem „Nationalfest“, da man in Paris sich rüstete, um mit Pomp und Pracht die Zerstörung der Bastille, jenes alten Bollwerkes der verrücktesten Polizeiwilkrigkeit zu feiern, erschienen früh morgens bei der Wittwe Hef zwei Polizisten und sagten: „Madame, packen Sie etwas Wäsche in Ihren Koffer und folgen Sie uns.“ Die Angesprochene hat um Aufklärung. Sie hatte sich nie „versehrt“, hatte nie eine Verwarnung erhalten, es war das erste Mal, daß sie solchen Besuch ausgeht war. „Packen Sie ungeschämt Ihren Koffer, Sie werden nicht mehr hierher zurückkehren!“ ward ihr kurz entgegnet. Unmittelbar vorher war die 60jährige Frau vom Krankenlager aufgestanden, ihr Aussehen bestätigte, daß sie in hohem Grade leidend war — doch nicht eine einzige Minute Frist wurde ihr gewährt. Die Polizisten stopften selbst in aller Eile einen Koffer und schleppten ihre Gefangene zur Präfectur. Dort angelangt, ließ man sie über eine Stunde warten und geleitete sie dann zum Kommissär, der ihr eröffnete, sie würde unverweilt über die Grenze geschafft. „Ich protestire nicht gegen eine Ausweisung und will gern mein Geld anderswo verzehren“, antwortete sie, „ich bitte nur um einen oder zwei Tage Zeit, um mein Hauswesen zu ordnen.“ „Es wird Ihnen kein Aufschub bewilligt“, versetzte der Kommissär. Die „Deutsche“ hatte, als einige aus Berlin verwiesene Familien nach Paris kamen und aus Mangel an Arbeit dem Elend verfielen, sich hergegeben, im engeren Kreise eine Kollekte einzuleiten und sie hatte ferner am Sterbetage von Florens, mit dem sie persönlich innig befreundet gewesen, dessen Grab mit einem Kranz geschmückt. Nichts, gar nichts lag sonst vor. Das waren die einzigen kleinen Freuden, die man nicht duden konnten. So ward denn die Wittwe Moriz Hef, des besten Freundes der Franzosen, der zur Zeit ihrer Niederlage und des deutschen Siegesbrausches energisch für sie eingetreten, barsch ins Gefängniß geworfen, wie eine Gaunerin photographirt, hierauf — nach vierundzwanzig Stunden — zum Bahnhof geschafft, in einen Gefangenenwagen verladen und auf dem größtmöglichen Umwege über Lyon an die schweizerische Grenze gebracht. Aber was für eine Fahrt war das! Zwei Nächte und einen Tag lang verbrachte sie da, steif, ohne Bewegung, mit geschwollenen Füßen, im engen Gefäß, wo von ordentlichem Sitzen oder Ruhen keine Rede war. Ihr Fieber, man möchte doch wenigstens auf einige Momente das Thürchen öffnen, hatte nur ein Hohnlachen zur Folge und als die „Reisegesellschaft“, aneinandergeschmiebelt eine gemeine Verbrecher, „getränkt“ wurde, da passirte der von Schmutz starrende blecherne Wasserbecher erst die Lippen der unsauberen Gesellen, ehe er ihr gereicht wurde!

In ähnlicher Weise wurde der 63jährige Peterfen behandelt. Von zwei Polizisten zur Präfectur geführt, wurde ihm jeder Aufschub zur Ordnung seiner Angelegenheiten verweigert und ihm nur die Wahl der Grenze freigestellt, an die er geschafft werden wollte. Gleich Frau Hef wurde er aufs peinlichste durchsucht, wurden ihm sogar Schuhe und Strümpfe und das Geld weggenommen. Man führte ihn gefesselt zum Photographiren und ließ ihn dann noch dreimal vierundzwanzig Stunden im Depot, bis der Transport abging. Mit zwei anderen, wunter der russische Genosse G., zusammengefesselt, wurde

er dann durch die gaffende Menge zur Bahn geführt, wo die Gefangenen wie wilde Thiere in die engen Einzelzelle eines Zellenwagens gesteckt wurden. In unerträglich Hitze und äußerstem Luftmangel mußte der alte Mann 36 Stunden hindurch in derselben Stellung fahren — „lieber sechsmal sechs- unddreißig Stunden im Depot, als einmal soviel im Zellengefängniß“, schreibt uns Peterfen über dies Marterfahrzeug — bis er an der Grenze anlangte, wo aber er und Genosse G. erst noch einen kleinen Kampf mit der schweizerischen Grenzpolizei zu bestehen hatten. Ein Beamter frug nach Papieren und Geld und meinte: „Ich kann Sie nicht passieren lassen, denn von Frankreich schicken sie uns jetzt alle auf den Hals; Sie scheinen freilich ordentliche Leute und keine Vagabunden zu sein, aber ich habe strengen Befehl. Der Präfect von Bruntrut mag thun, was er will, ich muß Ihnen einen Gensdarm mitgeben.“ Unser Freund bekam auch einen solchen Begleiter mit; durch eine nicht an die Offenlichkeit gehörige Vermittlung jedoch konnte er, ohne erst zum Präfecten zu kommen, gleich nach Genf reisen.

Nicht besser erging es Räßler. Nach dreitägiger Haft in Paris wurden er und seine Mitgefangenen, je zwei und zwei mit gemeinen Verbrechern zusammengekettert — und das so roh, daß die Spuren davon noch mehrere Tage zu sehen waren — im Gefangenenwagen zur Bahn gebracht. In einem Eisenbahn-Gefangenenzellenwagen (in dem der Gefangene weder recht sitzen noch stehen kann) mußte dann die Nacht durchgemacht werden, worauf man morgens im Hafen Dieppe anlangte, wo die Gefangenen die Freiheit zu erhalten glaubten. Aber weit entfernt davon, ließ man sie dort noch volle sieben Tage im Gefängniß, da angeblich keine geeignete Schiffahrt-gelegenheit vorhanden war. Nun noch in Begleitung zum Hafen und — dann endlich konnten die Verfolgten und Mißhandelten auf der freien See Abschied nehmen von dieser famosen „Republik“, welche in demselben Augenblick die Zerstörung der alten königlichen Zwingburg durch ihre Väter mit Sang und Klang und Pracht und Pomp feiert, wo sie eine mindestens eben so gefährliche Bastille und eben so schändliche und gewalthätige Unterdrücker hat, als das alte Königthum, in dessen Gestalt die Freiheitskämpfer der großen Revolution aller Bevorrechtung und allem Herrscherthum den Kopf abgeschlagen zu haben wählten.

Die wahren Freiheitsfreunde Frankreichs, die Kämpfer der sozialen Revolution werden die vernichtenden Streiche, die ihre Vorfahren gegen die alte Welt des Lehnswesens und des absoluten Königthums führten, zu wiederholen haben und zwar mit verboppelter Gewalt und unerbittlicher Rücksichtslosigkeit gegen die neuen Herren, die Barone der Bourgeoisie und die Könige der Republik zu wiederholen und so gründlich zu führen haben, daß die Schmaroherpflanze der Beherrschung und Ausbeutung bis auf ihr letztes Samenkorn ausgetilgt ist aus dem Garten der Menschheit. Und gleich ihnen und mit ihnen haben dies ihre Gesinnungsgenossen und Brüder aller Länder und nicht zuletzt die deutschen Sozialisten zu thun. Deshalb: hinweg mit allen nationalen Trennungen — Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Am Samstag vor Verfall.

Die Reichstagsabgeordneten F. W. Freyliche und W. Hasselmann hatten sich am 20. Juli vor der Strafkammer des Landesgerichtes II zu Berlin zu verantworten. Es war ihnen bekanntlich zur Last gelegt worden, § 28 Nr. 3 des Sozialistengesetzes verletzt zu haben. Sie, die auf Grund der Bestimmungen dieses § aus Berlin und dessen Umkreise verbannt worden sind, sollen durch ihre Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages, in der Zeit vom 14. Februar bis 12. Juli 1879 und durch einen kurzen Aufenthalt in Lichterfelde zur selben Zeit, „bannbrüchig“ geworden sein. Den Vorwurf führte Landgerichtsrath Klotz (Reichs- und Landtags-Abgeordneter), die Verteidigung Rechtsanwält Dr. Max Salomon. Der Angeklagte Freyliche erklärte Disident und einmal wegen Verleumdung fremder Monarchen im Jahre 1867 bestraft zu sein und gibt zu, im Juli eines Abends in Lichterfelde gewesen zu sein. — Hasselmann erklärt evangelischer Konfession und wegen Prevergehen bereits zu 15 Mt. Geldbuße verurtheilt zu sein, könne sich aber nicht bestimmen, daß er in Lichterfelde gewesen (?). Wenn der Mitangeklagte Freyliche aussege, daß er ihn in Lichterfelde getroffen, so werde das ja wohl wahr sein, habe doch Bischoff selbst in Bezug auf Freyliche gesagt, ein Abgeordneter könne nicht lügen (?). Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch Staatsanwalt von Klepsch, führte aus, daß ein Abgeordneter wohl bei einer Kollision der Gesetze, wie im vorliegenden Falle, nach seinem Pflichtgefühl Entscheidung treffen müsse und ein Dolus alsdann bei der Erfüllung dessen, was er für die Pflicht erkannt, nicht anzunehmen sei. Das, könne man annehmen, sei zutreffend gewesen bezüglich der Anwesenheit der Angeklagten in Berlin selbst. Der Aufenthalt in Lichterfelde dagegen sei nicht aus einer Kollision der Gesetze und daraus folgenden Erfüllung einer höheren Pflicht hervorgegangen. Der Dolus sei also in diesem Falle als vorhanden anzunehmen und zwar um so eher, als die Stellung eines Mitgliedes der Gesetzgebung, welche die Angeklagten einnehmen, die nöthige Kenntniß und Tragweite eines Gesetzes unbedingt voraussetzen lasse. Der von einem Angeklagten in der Vorunternehmung geltend gemachte Einwand: der Polizeipräsident v. Madai sei zu einer Verweigerung des Aufenthalts der Angeklagten im Kreise Teltow nicht berechtigt gewesen, sei von demselben nicht wieder erhoben worden, er wolle aber dennoch darauf eingehen. Das Ausweisungsdekret des Berliner Polizeipräsidenten habe es lediglich mit der Person

des Angeklagten zu thun gehabt, über diese sei die Landespolizeibehörde als welche der Polizeipräsident v. Madai gesetzlich bezeichnet worden sei Verfügungsberechtigt gewesen. Dieses, auf einem A u s n a h m e g e s e h beruhen die Verfügungen des Reichstages sei nicht durch die auf g e m e i n e m R e c h t beruhende Abgrenzung der Wirksamkeit des Berliner Polizeipräsidenten begrenzt. Nichts sei diese Behörde auch zum Aufenthaltsverbot der Angeklagten befugt gewesen. Er beantragt 150 Mark eventuell einen Monat Gefängniß.

Der Verteidiger hebt hervor, daß, um nach Berlin und von dort zurück zu gelangen, das Betreten des Umkreises von Berlin nicht zu umgehen sei. Wenn aber zugegeben werde, daß bei einer Kollision der Pflichten die Erfüllung der höheren, hier die Anweisung des Mandates, keine dolose, also auch keine strafbare Handlung sei, so könne die unbedingt nöthige Betretung des Weges, der allein die Erfüllung der Pflicht ermöglicht, keineswegs als dolose Absicht hervorgegangen erachtet werden. Er beantragt die Freisprechung seines Klienten Freyliche.

Der Abgeordnete Freyliche bemerkte, er halte auch heute noch den von ihm in der Vorunternehmung erhobenen Einwand aufrecht. Der Ausweisungssatz sei eine einheitliche Handlung gewesen, von einer Person ausgehend und eine Person betreffend. Angenommen nun, aber nicht zugegeben, v. Madai sei zu diesem Akte voll und ganz berechtigt gewesen, so habe er, Freyliche, das Verbot ja schon vor seinem Aufenthalt in Lichterfelde durch seine Anwesenheit in Berlin übertreten. Dann könne er aber auch nicht wegen seines Aufenthalts in Lichterfelde bestraft werden, denn wegen ein und desselben Vergehens könne Niemand mehrmals bestraft werden. Der Aufenthalt in Lichterfelde sei, wenn überhaupt ein Vergehen vorliege, lediglich eine fortwährende Fortsetzung des in Berlin begangenen Vergehens. Die Staatsanwaltschaft müsse demnach von der Ansicht ausgehen, daß die Ausweisung aus dem Kreise Teltow ein besonderer Akt der Ausweisungsverfügung sei, der speziell verletzt werden könne. Sonst würde sie die Anklage nicht aufrecht erhalten können, da die authentische Interpretation des Reichstages feststelle, daß auf Abgeordnete, welche sich in Berlin während der Sitzungsperiode des Reichstages aufhalten, die Nr. 3 des § 28 keine Anwendung finde. Dem Polizeipräsidenten von Berlin aber bestreite er das Recht, über seine Jurisdiktion hinaus, den Aufenthalt auf Grund eines Gesetzes zu verweigern. Wenn der sekundäre Belagerungszustand über ganz Preußen, oder das ganze öffentliche Ordnung halte, den Aufenthalt in Preußen verweigern, ja selbst in anseherpreussischen Ländern untersagen. In dem bezüglichen Gesetze sei aber von einer L a n d e s- oder R e i c h s- v e r b a n n u n g nirgends die Rede. Eine solche Ungehörlichkeit, einen solchen Eingriff in die Rechte würde sich auch wohl keine andere Regierung gefallen lassen. Wenn die Auffassung des Staatsanwalts akzeptirt werde, so sei nicht nur v. Madai, sondern jede andere Landespolizeibehörde, über deren Bezirk der sekundäre Belagerungszustand verhängt werde, Herr über die Abstrimmungen im Reichstage, zumal nicht nur Sozialdemokraten, sondern allen Personen, von denen ein solcher Polizeieinsatz eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit befürchte, alsdann von ihm aus Berlin ausgewiesen werden könnten. Wenn die Staatsanwaltschaft beruhen sei, die Gesetze vor Verletzungen zu schützen und die Uebertreter derselben zu verfolgen, so hätten die Richter das Recht und die heilige Pflicht, die Verletzung zu schützen. Er hoffe, der Reichstag werde ihn demgemäß freisprechen. Denn dafür, daß der Reichstag wieder einmal eine seiner schwachen Stunden gehabt habe, als er das betreffende Gesetz, seinem Willen nicht entsprechend, abgestimmt, könne man doch nicht ihn bestrafen wollen.

Hasselmann erklärte hierauf nochmals, sich durchaus nicht mehr entschließen zu können, in Lichterfelde gewesen zu sein, und verzichtete „als revolutionärer Sozialist“ auf eine weitere Verteidigung.

Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung und motivirte dieselbe in ähnlicher Weise wie Freyliche seinen dieobestiglichen Antrag. Ausdrücklich fügte der Vorsitzende hinzu, daß der Polizeipräsident v. Madai seine Amtsbefugniß überschritten habe, indem er den Angeklagten den Aufenthalt in anderen, als zu seiner Jurisdiktion gehörigen Kreisen untersagt habe. (Beiseh.)

* Wir erhalten folgende Erklärung mit dem Ersuchen um Veröffentlichung:

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ vom 16. d. bringt folgendes Telegramm: „Dem „Gaulois“ wird von Berlin telegraphirt, Bebel und Liebknecht eruchten brieflich Rochefort, er möge Gambetta, welcher der Demokratie noch Dienste leisten könne, schonen.“ Natürlich haben weder Bebel noch ich mich eines ähnlichen Blödsinnes schuldig gemacht. Ich habe überhaupt niemals in brieflichem oder mündlichem Verkehr mit Rochefort gestanden, und dasselbe gilt, glaube ich, von Bebel, der augenblicklich von hier abwesend ist.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Leipzig, 21. Juli 1880.
W. Liebknecht.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Es ist schon öfters von in der Schweiz lebenden Genossen der Wunsch ausgesprochen worden, daß wir uns mehr mit schweizerischen Angelegenheiten überhaupt, sowie mit den Verhältnissen des schweizerischen Sozialismus beschäftigen möchten. Wir haben darauf zu erwidern, daß der „Sozialdem.“ in erster Reihe das Organ der deutschen Sozialdemokratie ist, während andererseits die schweizerische Bewegung ihr eigenes berufenes Parteiorgan hat. Es er-

mit den Schwänzen an den Ästen baumelnd, im deutschen Urwald sicheln fragen? Eine kulturfeindliche Idee, würdig eines Pfaffenhirns. So reden sie. That nichts — der Mensch wird verbannt. — Genug davon. Schmach genug, daß 1880 dergleichen noch diskutiert werden muß. Ich denke, wir vernünftigen Leute haltens bei der Frage: ob Jude oder Christ, mit jenem polnischen Sohn Abrahams, der, vom bekehrungsjüdischen Pfaffen gefragt, warum er glaube, daß Moses zum Himmel geflogen und nicht, daß Jesus dahin geflogen sei, ärgerlich herausfuhr: „Die haßt? Mir geflogen, mir geflogen!“ Halten wir trotz Stöckerei und Stülerei an dem menschenverehrenden: Mir geflogen, mir geflogen!

Was soll ich noch von dem Blödsinn erzählen, der da zu Tage kam? Bände füllte es; Sie haben aber wohl genug. Ich sag da und dachte nur: „Wo nimmst du verfluchte Pfaffe all die — Dreistigkeit her?“ Wenn hätte ich die bescheidene Anfrage laut gestellt; doch der Geist des Hinans-gewordenen warnte mich.

Aber — ist's recht, daß wir den Schimpf, den der fromme Geizhals unserer Intelligenz-Metropole anthat, schweigend dulden? Freilich hat er hohe Günter. Denn daß „man“ trotz Lugens dem doppelten Zwang Judenbay und Arbeiterbay, gnädig schickel, ist klar. Sonst braucht „man“ ja Stöder nur zurückzuführen, wie's mit diesen Kötern eben geschieht. Denn Hofprediger haben mit Hofjungen u. A. aus das gemein, daß sie auf Befehl laufen müssen. Daß die jüdischen Geldprohen trotzdem freischelken, hat — — — beweist ihr unverfälschtes Maßbildegerthum.

(Schluß folgt.)

Feuilleton.

Pfaffenstrug

oder

Ein Raddau-Abend bei Stöckern.

(Fortsetzung.)

Und wie ihm so der heilige Mist vom Munde rinnt, siehe, da rief eine Stimme von oben (nämlich von der Gallerie): „Wo bleibt die Wissenschaft?“ Eine Proletarierstimme, jorabehend. Ich hätte den Menschen küssen mögen. Natürlich wurde das verirrte Schällein mit echt christlicher Tadelung sofort die Treppe hinuntergeworfen. Und das geschäftsmäßige „Fertig!“ verrichtete dann die bewundernswürdige Schlagfertigkeit, die Stöder's Jünger im Widerlegen des Gegners schon besitzen. Ich aber betete brüßig zu meinem Gotte: Herr, ich danke Dir, daß ich nicht bin wie Jener — nämlich durchgeprügelt.

Er wisse aber, fuhr der Diener der Religion der Liebe nach dem scherzhaften Intermezzo fort, warum die Arbeiter das Feuilleton nicht mehr wollen: weil die sozialistische Bewegung nur von und für die Geldjuden geschaffen wurde! Kassalle und G. Bernstein, Marx und Jol. Bamberger, und wie die Koryphäen des Sozialismus heißen — lauter Heimathsberechtigte des gelobten Landes, die im Solde ihrer reichen Wimmeln stehen.

Wir ward plötzlich alles klar — wie Schuppen fiel's mir von den Augen. Wer hatte Kassalle aufgeheitert, das Volk zur Vernichtung der Geldmacht aufzurufen, als — die Berliner Vorparlamentäre? Ule Focit, cui prodest, wenn's nicht, der hat's gemacht. Und ist's nicht wahr-scheinlich, ja gewiß, daß Marx erst ein gewisses Pader (englische

Reute?) von Kölsch Ad vermochte, das „Kapital“ zu schreiben? Es fordert „Eropropriation der Eropropiatere“. Wer hätte den Vortheil davon? Natürlich Rothschilds. Sicher auch brachte ihm das Buch Dankadressen von allen Birten. Das ist so handgreiflich, daß mich nur wunderte, daß man nicht längst die Judenverschöpfung merkte. Freilich hat nicht Jeder den gewaltigen Schabblid des unsterblichen Gründers der Christlich-Sozialen Partei. Ja, ich wette, bei dem jähren Zusammenhalten dieser Semiten machen sie Herrn Marx noch zum Oberabbiner. Meinen Sie nicht, Herr Redakteur? Wahrlich, ich sage Euch, Stöder ist ein gewaltiges Weichtich vor dem Herrn.

Daher, jeterte er, schwiegen die Sozialisten auch über die Grillüber. Nun nicht ich, wir haben beim „Aufschwung“ (1873) als der jetzige große Tribunal noch bescheiden unter den Beschwestern wandelte, nicht schlecht geschimpft. Nachte es den Mann ein bischen klüger, so schickte ich ihm sogar „Vollstaat“ Artikel meiner geschätzten Feder, so groß —

Damit hatte er glücklich sein Stöderpferd bestiegen — die Juden. Die Judenbay ist die great attraction der Stöder'schen Gaullerhude. Und er hat ja so Recht. Freilich meinen Menschfreunde, wie kurz erst der Jude Mensch sein dürfe und wie manches auf höchsten Schaffensgebieten er schon gethan. Und die lange Reihe edler Namen, Wärtner der Menschheit, vor denen jedes gute Menschchen bewundernd erbebe! Und beweise nicht die vorgeworfene Theilnahme am Proletarier-Befreiungskampf wieder die geeignete Begeisterungsfähigkeit dieses Volkes? Komme erst statt dieser Welt des Schöners die Welt der Arbeit, wer weiß, was dies langvertraute Achenbrot der Nationen, in vielstündlicher Schule der Reiden geistig hochentwickelt, dann noch nützen könnte? Sollte nun, was die geistigen Kräfte schon gewirkt Kassalle und noch Bamberger, lieber ungethan sein, weil ihre Träger zufällig schwarz statt blond, s d l e r statt s k l p n a s i g sind, „erst“ anderthalb Jahrtausende hier wohnen, während Stöder's Ahnherren allerdings schon lang vorher,

heißten demnach sowohl das Interesse der deutschen Partei als die Rücksicht auf unsere schweizerische Bruderbewegung, daß wir uns mit den schweizerischen Dingen nicht mehr, als dieselben allgemeine politische und ökonomische Bedeutung haben, befassen können und dürfen. Am allerwenigsten steht es uns an, uns in die schweizerischen Parteiverhältnisse zu wagen und an ihnen Kritik zu üben, obwohl wir denselben mit Aufmerksamkeit folgen und an ihnen den lebhaftesten Antheil nehmen, welchen uns der Fortgang jeder Bruderbewegung einflößen muß.

Eine in neuerer Zeit in der schweizerischen Arbeiterbewegung, bezw. im Arbeiterbunde hervorgetretene Erscheinung aber berechtigt uns nicht nur, sondern legt uns geradezu die Pflicht auf, ein Wort des Rathes, der Mahnung und der Warnung zu sprechen. Wir meinen das im hohen Grade unbrüderliche Verhältnis, welches jetzt mancherorts zwischen den deutschen und schweizerischen Sozialisten in der Schweiz besteht. Auf eine genaue Untersuchung der Entstehung dieses gespannten Verhältnisses eingehen, hieße Del ins Feuer gießen, weil eine Reihe von Thatsachen festgestellt werden müßten und man in gereizter Stimmung am allerleichen im Stande ist, die Wahrheit zu vertragen. Wir wollen nur an Thatsachen aus der allerneuesten Zeit anknüpfen. Und da müssen wir — so leid es uns sei bei dem freundschaftlichen Verhältnis, in welchem wir zu dem Organ des schweizerischen Arbeiterbundes stehen, thut — feststellen, daß leider die „Tagwacht“ durch verschiedene ungeschickte, des Tactes ermangelnde Einsender zur Verschärfung des Mißverhältnisses benützt worden ist. Systematisch unterscheidet man zwischen deutschen und schweizerischen Verhältnissen und Genossen und stellt sie einander gegenüber. So ein Aufruf des kantonalen Komitees Zürich zur Bildung einer Agitationsklasse (Nr. 51), in welchem sich folgende Stellen finden: „... Bis jetzt sind Tausende von Franken nach Deutschland in die Wahl- und andere Fonds gewandert, während von dort nichts zu uns kommt. ... Wir müssen für uns sorgen; wir dürfen es umsonst thun, als die Existenz der deutschen Sozialdemokratie sehr vom Gedeihen der Sache bei uns abhängt, und wir dürfen es um so eher sagen, als gewisse Unterwürfler unserer Organisation leider in gewissen Kreisen deutscher Vereine Vorstoß finden, und man sich auf dieser Seite freut, wenn unsere Leute sich durch ihre Bloßstellungen ruiniren (?). Genossen, keine Feindschaft nicht, aber befestigen wir unsere Position! Sammeln wir die Scherlein auf gewöhnliche Weise für uns ...“ Als hierauf ein deutscher Genosse, zugleich langjähriges Mitglied des schweizerischen Arbeiterbundes, in treffender und zugleich verständnisvoller Weise antwortete (Nr. 53) und ebenso die Unrichtigkeiten als die bedauerlichen Ungeschicklichkeiten jenes Aufrufes nachwies und zur lebhafteren Betonung der Solidarität aufforderte, wurden ihm kurzweg unläutere selbstliche Beweggründe untergeschoben (Nr. 54).

Wir wollen hier nicht eine Aufzählung aller Beschwerdepunkte liefern und insbesondere nicht auf Vorgänge außerhalb der Presse eingehen; aber ein überaus bedauerliches Vorkommniß, das wir uns trotz aller unserer Zurückhaltung nicht scheuen, als ein ganz unqualifizierbares zu bezeichnen, muß noch erwähnt werden. In einer der letzten Blätter der „Tagwacht“ (Nr. 58) finden sich zwei Einsendungen aus Bern, in welchen ein Bürger F. und das Bundeskomiteemitglied N. Witschi ihre Stellung zu dem Berner deutschen Verein, sowie einer vor sieben Wochen von unserm Gen. Bernstein in Bern abgehaltenen und insolge Räums vorzeitig geschlossenen Versammlung auseinandersetzen. Man weiß, daß wir nicht zu den sogenannten „Sozialrevolutionären“ gehören, gegen welche sich der Einsender wendet; treten doch gerade wir deren Thun, wo es sein muß, energisch entgegen. Aber wenn Brg. Witschi mit Bezug auf einen, Bernstein in bekannter exaltirter Weise und mit Revolutionsphrasen entgegengetretenen „Sozialrevolutionär“ meint: „daß sich sämmtliche(?) Schweizer, Vereinsmitglieder wie andere, darüber ärgerten, daß ein Ausländer sich solcher Worte bedienen durfte in einer öffentlichen (schweizerischen) Versammlung“; und wenn der andere Einsender noch weiter geht und, die naheliegende Schlussfolgerung aus dem vorigen ziehend, schreibt: „daß der Eifer der „Sozialrevolutionäre“ so weit geht, bis eines schönen Tages die Polizei denselben einen Laufpaß zustellen wird“ — dann können wir es nur auf's allerheftigste bedauern, daß eine solche feindselige, allen sozialistischen Grundsatzen geradezu ins Gesicht schlagende Sprache in der schweizerischen Bewegung möglich ist. Der betreffende „sozialrevolutionäre“ Redner und einige seiner Freunde mögen sich noch so überschwänglich ausgedrückt haben; ihr Vorgehen mag im wohlverstandenen Interesse der Partei noch so sehr bedauert werden; man mag noch so sehr den Wunsch empfinden, solche Leute durch Aufklärung der Arbeiter zu vereinzeln und dadurch unschädlich zu machen; aber bedauern, daß die Schweiz Freiheit genug besitzt, um solche exaltirte Tiraden ungestrast ausdrücken lassen, und mit dem Polizeistock zu winken — das würden wir selbst von einem Gegner für schimpflich halten. Daß aber selbst Parteigenossen, Sozialisten in der Hitze des Streites sich zu solchen Aeußerungen hinreißen lassen — nun wir denken, daß diese traurige Thatsache am besten zeigt, bis zu welchem Grade der unsozialistischen Unbrüderlichkeit das Verhältnis zwischen deutschen und schweizerischen Genossen der Schweiz stellenweise gebiethen ist.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß das Bestehen dieser Reibereien nur unsern Gegnern zum Nutzen und zur Freude, den beiden streitenden Theilen aber zum großen Schaden gereicht, daß aber durch dasselbe vor allem das sozialistische Prinzip aufs tiefste geschädigt wird. Am allerwenigsten aber ist der gegenwärtige Zeitpunkt einer schweren Krise im schweizerischen Arbeiterbund dazu geeignet, sich den folgenschweren Luxus eines Nationalitätenstreites zu erlauben. Es wird des eifrigsten Zusammenwirkens aller in der schweizerischen Bewegung thätigen Kräfte, der „Ausländer“ ebensogut wie der Schweizerbürger, bedürfen, um die gegenwärtige Organisation der aufgelösten, sozialistischen Arbeiterkraft der Schweiz ohne großen Schaden durch das sie bedrohende Unwetter zu steuern. In einem solchen kritischen Augenblick Streit zwischen der ohnehin kleinen Mannschaft des bedrohten Fahrzeuges anzuzetteln, ist überaus thöricht und so gut wie Selbstmord. Die deutschen Sozialisten des Auslandes haben sich als ächte Internationale jederzeit auch an der Arbeiterbewegung ihres Wohnlandes mit ganzer Kraft theiligt; und ebenso haben sie es in der Schweiz gethan und

wohl kaum zum Schaden der dasigen Arbeiterbewegung und des Arbeiterbundes, denen sie manchen Dienst zu leisten im Stande waren, gleichwie Sozialisten der verschiedenen Länder zu verschiedenen Zeiten der deutschen Sozialdemokratie die brüderlichste Unterstützung angebreiten ließen. Von dem Augenblick an aber, wo der von manchen Seiten künstlich konstruirte Gegensatz zwischen deutschen und schweizerischen Mitgliedern des Arbeiterbundes allgemein und offiziell anerkannt werden sollte, wo den deutschen Bundesmitgliedern ihre gleichberechtigte Stellung innerhalb des Bundes ernstlich bestritten und ihnen das Recht, da, wo sie mit thäten und Pflichten tragen müssen und im reichlichen Maße und gerne tragen, auch mitzurathen und Rechte auszuüben, aberkannt werden sollte, — von diesem Augenblick an müßte der Eifer der deutschen Sozialisten für eine Bewegung, die ihnen eine so wenig brüderliche Stellung anwies, erlahmen und sie würden sich dann wohl fast ausschließlich ihrer eigenen, der deutschen Bewegung zuwenden.

Wir betonen noch einmal, daß wir dies nicht wünschen: einmal, weil unser Sozialismus ein im vollsten Maße internationaler ist, der sich nicht in selbstlicher Beschränkung damit begnügt, „bei sich zuhause“ Wandel zu schaffen, und sich um das Schicksal der „Ausländer“ nicht zu kümmern; und dann, weil wir wissen, daß die deutschen Sozialdemokraten so sehr ihr ganzes Sein und Können der Sache des Sozialismus widmen, daß sie über der Bewegung ihres betr. Wohnlandes die große deutsche Bewegung keinen Augenblick vergessen und derselben ihre Kräfte keineswegs entziehen. Wir wünschen im Gegentheil ausdrücklich, daß die deutschen und schweizerischen Sozialisten in der Schweiz wie bisher einig Hand in Hand gehen mögen, zu gegenseitiger Hilfe, zu beiderseitigem Nutzen, und zum Verderben des gemeinsamen Feindes. Zu diesem Zweck aber muß vor allem jeder Nationalitätsdünkel weit weggeworfen und mit der Wurzel ausgegiltet werden; denn wo dieses wuchernde, stinkende Unkraut noch Nahrung findet, da kann die edle Pflanze des Sozialismus nimmermehr gedeihen, sondern muß sie schon im Keim ersticken. Fort zwischen uns mit den schädlichsten aller von den Feinden des Volkes errichteten Schranken, dem Nationalitätsdünkel; seien wir nicht Schweizer, nicht Deutsche, nicht Oesterreicher, sondern Sozialisten — hier in der Schweiz, wie anderwärts!

— Wie aus einer, unter Deutschland folgenden Mittheilung über eine Hausdurchsuchung in Hamburg zu ersehen, machte der dortige Untersuchungsrichter die Aussage: er habe die Anzeige, daß sich in der behausuchten Wohnung eine Hauptniederlage sozialistischer Schriften befände, von den Behörden in Frankfurt a. M. und Zürich. Diese Angabe, welche sich in der ganzen deutschen Presse übereinstimmend findet, halten wir vorläufig für eine ungläubliche und für nichts als eine freche Lüge des um eine Ausrede verlegenen Untersuchungsrichters. Wir ersuchen jedoch die hiesige Polizei — diese „Behörde“ ist wohl gemeint — um bestimmte Aeußerung; denn es ist für sie, wie für die ganze Schweiz eine Ehrensache, ihr Unbeheiligtsein schleunig und unzweideutig festzustellen.

Deutschland.

* Die Aera des Belagerungszustandes, der stillen Wiedergeburt und des organisirten Briefdiebstahls hat bis jetzt ihren vollkommensten Ausdruck in dem Vorgehen der Breslauer Behörden gefunden, welche alle Praktiken der alten schwarzen Kabinete weit hinter sich läßt. Das dortige Amtsgericht hat nämlich im Einverständnis mit dem Landgericht an die Post eine Verfügung ergehen lassen, wonach alle Briefe und sonstigen Sendungen an nicht weniger als ungefähr dreitausend Personen statt an die Empfänger an das Amtsgericht anzuliefern sind, wo sie erbrochen werden! Wozu da noch schwarze Kabinete auf der Post einrichten oder die ohnehin schon verhaftete Polizei mit dem Diebstahl betrauen, wenn die berufenen Wächter und Beschützer des Rechtes selbst die Werkzeuge des Briefmarders ergreifen? Welche Verwirrung und Interessenschädigung durch eine solche ungeheuerliche Maßregel entstehen, ist klar und sind denn auch alle Blätter voll von Klagen über unersehbliche Benachtheiligungen, welche durch die Zurückhaltung und verspätete Ablieferung der Postsendungen entstanden sind. Da hat ein Sohn die Anzeige von dem Tod seiner Mutter erst vier Tage nach deren Beerdigung bekommen; dort erhält ein Fischhändler seine Waare erst, nachdem sie auf dem Gerichst stinkend geworden; da wird die Kündigung einer Wohnung, dort die Prolongation eines Wechfels versäumt; da bleibt eine Kranke ohne die erbetene ärztliche Hilfe; dort werden Waaren- oder Geldsendungen seit Wochen gar nicht ausgefolgt. Und so fort. Es fällt uns natürlich gar nicht ein, diese Wirthschaft, welche zu den schlimmsten Zeiten des Dezemberkaiserreichs nicht ärger und insamer getrieben wurde, auf ihre „gesetzliche“ Berechtigung oder Nichtberechtigung zu prüfen, wie es die deutsche Presse in tief sinnigen Abhandlungen thut. Ist doch der gegenwärtige Kampf der deutschen „Ordnung“ gegen die Sozialdemokratie, von dem der Briefdiebstahl einen nothwendigen Bestandtheil bildet, überhaupt keine Frage des Rechtes, sondern lediglich der Gewalt, bei welcher allein der Erfolg entscheidet. Wir fragen daher lediglich: welchen Erfolg muß dies Breslauer System des gerichtlichen Postdiebstahls haben? Und die Antwort hierauf kann, wenn man nicht nur das durch solche Infamie getränkte Rechtsgefühl des Volkes, sondern auch die zahllosen Schädigungen des täglichen, geschäftlichen und Familienlebens in Betracht zieht, nicht zweifelhaft sein; eines der größten Heißblätter gegen die Sozialdemokratie, die „Breslauer Morgenzeitung“ gibt sie in den Worten: „Mit der Massenanzahlung solcher Mittel wird der Sozialdemokratie zuverlässig nicht deraraus gemacht; in einem großen Theile der Bevölkerung wird sie gerade das Gegentheil des beabsichtigten Zweckes zur Folge haben.“ Das glauben wir auch und die kurzfristigen Briefdiebe werden das bald genug erfahren. Ein System, das solcher ausgemachter, ungeheuerlicher Schurkereien zu seiner Erhaltung bedarf, ist gerichtet und die Vollstreckung des Urtheils ist nur eine Frage der Zeit. Wenn aber dann das ergrimmt Volk den alten Revolutionsruf: Tod den Dieben! auch auf die amtlichen Briefdiebe und ihren Auftraggeber anwendet, so möge man sich darüber nicht wundern!

— Zu dem schmachvollen Kapitel des Zeugnißzwanges liegen zwei hübsche Illustrationen vor. Vor dem Glatzer Land-

gericht sollte ein Schriftsetzer über die Ueberechenschaft eines angeklagten Artikels ausfragen, verweigerte es aber, da er dadurch seine Stellung aufs Spiel setzen würde. Der Gerichtshof beschloß hierauf sofort, den Zeugnißverweigerer zu 40 Tagen Haft zu verurtheilen und ihn so lange in Haft zu behalten, bis er das Zeugniß leistet. Und dieser Spruch wurde auch nicht abgeändert, als sich der Verfasser des betr. Artikels selbst meldete! Ein solch schändliches Verfahren ist trotz alledem bis jetzt noch nicht dagewesen. — Der zweite Fall ist politisch von größerem Interesse. Die Reichstagsabgeordnete Bebel und Liebknecht waren zu Anfang vorigen Monats auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft vor das Leipziger Amtsgericht geladen, um als Zeugen in einem Prozeß vernommen zu werden, der gegen mehrere, von ihnen in Reichstagsreden genannte Personen auf Grund dieser Reden anhängig gemacht worden ist. Bebel, der in Geschäften verreist war, konnte der Vorladung nicht folgen. Liebknecht hat sich Bedenkzeit aus, da es ihm mit dem Art. 30 der Reichsverfassung im Widerspruch zu stehen scheint, daß ein Reichstagsabgeordneter wegen einer von ihm im Reichstag gehaltenen Rede vor gerichtlichen Zeugnisabgabe gezwungen werde. Die Bedenkzeit wurde gewährt. Am 21. Juli hatte sich nun Liebknecht im Gerichtssaale zu erklären. Er verweigerte das Zeugniß, weil er zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß die durch Artikel 30 gewährleistete Unverantwortlichkeit für Reichstagsreden auch den Zeugnißzwang ausschließt. Das Amtsgericht erkannte dies aber nicht als einen „gesetzlichen Grund“ zur Verweigerung des Zeugnisses an und verfügte über Liebknecht die Haft, welche jedoch auf dessen Beschwerde sofort wieder aufgehoben wurde. Die Sache schwebt jetzt vor dem höheren Gericht. Sollte die Entscheidung desselben, bezw. des höchsten Gerichtes im Sinne der Zeugnißpflicht ausfallen, so wäre es das Beste, die Unverantwortlichkeit der Abgeordneten gleich ganz aus der Verfassung zu streichen.

— Zwei Hauptpolizeistreiche gegen die Sozialisten sind vor kurzem in Hamburg und Dresden gefährt worden. Am 14. ds. nachts erschienen in einer Wirthschaft von St. Pauli-Hamburg der Oberstaatsanwalt, ein Untersuchungsrichter vom Landgericht und ca. 25 Polizeibeamte, um eine gründliche Hausdurchsuchung vorzunehmen. Es wurden zu diesem Behufe alle Eingänge besetzt, dann die Frau, die Mutter und das Dienstmädchen des Wirthes unter Aufsicht gestellt, und dann begann die Untersuchung. Dieselbe beschränkte sich indes nicht darauf, bloß die Wohnräume und die darin befindlichen Gegenstände einer genauen Visitation zu unterziehen, sondern es wurden auch der genannte Lokalbesitzer sowie sämtliche anwesende Gäste körperlich untersucht. Gefunden wurde Nichts. Der Grund aber, warum die Hausdurchsuchung en gros vorgenommen wurde, bestand, wie der Untersuchungsrichter dem Lokalbesitzer auf dessen Verlangen mittheilte, darin, daß von den Behörden in Zürich (!) und Frankfurt a. M. die Mittheilung gekommen sein soll, daß in dem behausuchten Lokal der Vertrieb von sozialistischen Schriften en gros betrieben und dort überhaupt ein „Hauptlager sozialistischer Umtriebe“ sein soll. Der Wirth protestirte energisch gegen die Belästigung seiner Gäste, doch wurde er auf den Weg der Beschwerde verwiesen, auf dem er selbstverständlich zu keinem grünen Zweig gelangen wird. — Noch ärger trieb die Dresdener Polizei. In der Nacht des 23. ds. wurden, Bourgeoisblättern zufolge, mehrere Sozialisten beim Ankleben von „auführerischen“ Plakaten ertappt und verhaftet. Zu ihnen gehörte auch der Fischhändler Gen. Paschty; derselbe wurde vom transportirenden Gensdarm gefesselt nach dem Justizgebäude überführt. Seine Frau führte das Geschäft weiter und es befanden sich am 24. ds. in später Abendstunde zahlreiche Kunden, darunter Gen. Kayser, im Laden, als die Polizei erschien und sofortige Schließung des Geschäftes verlangte. Die Frau erklärte, sie habe keine Ermächtigung, jetzt schon zu schließen, stelle aber die Schlüssel zur Verfügung, wenn die Polizei selbst schließen wolle. Darauf gingen die Schuppleute fort, kamen mit Verstärkung wieder, und verhafteten sämmtliche als Kunden anwesende Personen. Unter ungeheurem Menschenzulauf wurden die Verhafteten, etwa zwölft Mann, zu drei und drei abgeführt und hatten auf der Polizeiwache Verhöre zu bestehen. Gegen Morgen waren die Gefangenen wieder frei bis auf Kayser und Pehold, welche beide an die Justiz abgeliefert worden sind. Pehold wurde am Sonntag am Strich von einem uniformirten Gensdarm durch die Stadt gefährt, was nicht wenig Aufsehen und Aufruhr erregte. Die ganze Stadt spricht von der Affaire. Auch wurde Kayser's Zigarrenladen am 25. Juli zum Zweck einer Hausdurchsuchung polizeilich geschlossen und gründlich durchsucht. Die Polizei soll sich jedoch ohne das erwartete Resultat wieder entfernt haben. „Man glaubt allgemein, daß die Verhafteten sämmtlich frei kommen, sobald der ordentliche Richter ihre Angelegenheit geprüft hat.“ So sehen Bourgeoisblätter hinzu. — Ein hübsches Stimmungsbild aus dem „freieinigen“ deutschen Reich, nicht wahr? Wenn da die Leute nicht bald die nöthige Portion Liebe zu König und Vaterland kriegen, dann ist auch Hopfen und Malz an ihnen verloren!

— Wegen des Flugblattes „Ungeziefer-Tod“ fanden weiter in Hainichen, Freiberg, Großenhain und an anderen Orten Maßregelungen statt. Am lehteren Ort sitzt Gen. Sichert seit sechs Wochen deshalb; Gen. Schay ist ebenfalls wegen Verbreitung verbotener Schriften angeklagt.

— Aus Berlin werden tagtäglich Szenen der bittersten Noth gemeldet. Das Auffinden von vor Hunger ohnmächtig gewordenen Arbeitern, Selbstmorde etc. ist etwas alltägliches. Trotzdem dauern die Arbeiterentlassungen fort. Auch aus den Provinzen kommen ähnliche Meldungen. Die Weber in Schlesien verhungern langsam, bei Dortmund revoltiren hungern Arbeiter, in Westphalen stirbt ein Bergmann Hungers. Und des Glucks ist kein Ende abzusehen — bis das Volk selbst mit starker Hand eingreift.

— Berlin, 19. Juli. Während die Bourgeoisregierung unseres „erbfeindlichen“ Nachbarlandes, dem allgemeinen Drängen des französischen Proletariats endlich nachgebend, die noch lebenden Opfer der Kommune in's Vaterland zurückruft und ihren feigen Haß gegen den Sozialismus augenblicklich nur durch die Verreibung und Ausweisung aus wärtiger Sozialisten zu betätigen wagt, läßt unsere weise und humane Polizei fort, die eigenen Bürger dem Schooß ihrer Familie und ihrer Heimath zu entreißen. Der Appetit kommt mit dem Essen.

